

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Stephan Hellwig

Stellv. Ausschussvorsitzender Jörn Felbier – fehlte entschuldigt -

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Howard Jacques

Ausschussmitglied Norbert Schmidt – fehlte entschuldigt -

Vertreter Peter Debring – bis TOP 6.2 -

Mitglied Gruppe Grüne/WBV

Ausschussmitglied Erika Lach

Mitglied Gruppe UWG Wilhelmshaven/Ober-Bloibaum

Grundmandat Horst Dieter Walzner

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi

Grundmandat Helga Weinstock

von der Verwaltung

Stadtrat Oliver Leinert

Abteilungsleiterin Finanzmanagement GGS Petra Burmeister

Protokollführer Lars Stecker

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses GGS vom 12.03.2015
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Reduzierung Investitionsvolumen Wirtschaftsplan GGS 2015 **84/2015**
- 5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
- 5.1 Ausnahmen vom Einstellungsstopp - Einstellung eine/r Ingenieur/in für das Technische Objektmanagement **82/2015**
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Sachstand Feuerwache Nord
- 6.2 Tätigkeitsbeschreibung Hausmeister/Reinigung
- 6.3 Vergabestelle

1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende **Herr Hellwig** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses GGS vom 12.03.2015

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses GGS vom 12.03.2015 wurde **einstimmig genehmigt**.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Reduzierung Investitionsvolumen Wirtschaftsplan GGS 2015

84/2015

Herr Leinert trug den Beschlussvorschlag vor und machte folgende grundsätzliche Anmerkungen:

Der Wirtschaftsplan von GGS wurde verwaltungsintern, im Sommer 2014, in mehreren Runden besprochen und freigegeben. Der Kreditbedarf belief sich auf 9,36 Mio. Euro. Dieses sei das Minimum, um die notwendigsten Maßnahmen umsetzen zu können. Die einzusparenden 3,5 Mio. Euro erfolgen innerhalb von Projekten, die zwingend erforderlich sind. Die Prioritätenfestsetzung muss nun bei Projekten erfolgen, die alle dringend erforderlich sind. Verwaltungsintern wurde besprochen, dass die Projekte, die für die Daseinsvorsorge erforderlich sind, eindeutig Priorität haben.

Herr Leinert trug jeden einzelnen Sperrvermerk vor und erläuterte diese ausführlich.

Zusammenlegung der Berufsschulen (Reduzierung 2015 um 1,4 Mio. €, Start der Maßnahme in 2016)

Inklusion an Schulen / Verschiebung Fahrstuhleinbau Störtebekerstraße (Reduzierung um 0,21 Mio. € = Verschiebung auf 2016 ff.)

Planungskosten „Bunte Wache“ (Reduzierung um 0,2 Mio. €, Start der Maßnahme in 2016)

Sanierung Rathausturm (Reduzierung um 0,2 Mio. €, mit einem Teilbetrag von 0,3 Mio. € wird die Maßnahme in 2015 fortgeführt; weitere Mittel sind in 2016 eingeplant)

Herrichtung von Büroflächen im Jadezentrum (Reduzierung der Planungskosten um 100 T€ in 2015 auf nur noch 50 T€). Die Maßnahme ist derzeit aus dem Wirtschaftsplan 2015 ganz gestrichen, bis über die gesamte Raumkonzeption für die Verwaltung entschieden ist.

Umbau Mühlenweg 61 für Familienzentrum und Musikschule (Reduzierung um 0,3 Mio. €). Die Maßnahme ist derzeit komplett aus dem Wirtschaftsplan gestrichen. Hierzu erfolgt eine Beschlussfassung im Rahmen der Beratung des Wirtschaftsplanes 2016 GGS.

Weitere Kürzungen / Verschiebungen, die nur GGS betreffen, beziehen sich auf die Erschließung von Grundstücken im Bereich Potenburg (0,45 Mio. €) und eine teilweise Verschiebung von Mitteln für die Altlastensanierung am Banter See (netto 0,62 Mio. €) sowie Verschiebung bei sonstigen Maßnahmen um 0,1 Mio. €.

Herr Jacques trug folgenden Änderungsantrag vor:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Wilhelmshaven für den Verwaltungsausschuss am 20. April 2015 und die Ratssitzung am 22. April 2015

hier: Änderungsantrag zur Vorlage an den Rat Nr. 84/2015 – „Reduzierung Investitionsvolumen Wirtschaftsplan GGS 2015“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Wilhelmshaven beantragen folgende Änderungen zur Vorlage 84/2015 - „Reduzierung Investitionsvolumen Wirtschaftsplan GGS 2015“:

- Der Sperrvermerk für das Projekt „Friedenstr. 60/62, Zusammenlegung Berufsschulen“ im Jahr 2015 (nur Verpflichtungsermächtigung) und 2016 entfällt. In 2015 wird ein Architektenwettbewerb durchgeführt.
- Das Projekt „Schellingstraße 15, Schulentwicklungsplan 2014 ff“, wird von 2015 (nur Verpflichtungsermächtigung), 2016 und 2017 auf die Jahre 2017 (nur Verpflichtungsermächtigung), 2018 und 2019 geschoben.

Die Verwaltung wird beauftragt, die finanziellen Voraussetzungen zur Zusammenlegung der Berufsschulen zum Campus Friedenstraße auf Basis des Ratsbeschlusses 26/2013 vom 13.2.2013 kurzfristig zu schaffen. Gemäß Beschlussvorlage 26/2013 inkl. Begründungsteil werden die Investitionskosten auf max. 14,5 Mio. € begrenzt.

Begründung

Die Zusammenlegung der Berufsschulen soll kurzzeitig erfolgen, da in den Gebäuden erheblicher und dringender Investitionsbedarf besteht und das erarbeitete Raum- und Organisationskonzept keinen weiteren Aufschub duldet.

Die Fraktionen von CDU und SPD sind im Gegenzug bereit, die Realisierung des bereits durch den Rat beschlossenen Projekts „Schellingstraße 15“ als zukünftige Förderschule um zwei Jahre zu verschieben. Hier fehlt es ohnehin noch an klaren Vorgaben durch das Land.

Dadurch stehen im Ergebnis für das Projekt „Zusammenlegung der Berufsschulen“ ohne die Veränderung der in der Vorlage 84/2015 geplanten Kreditaufnahme folgende Summen zur Verfügung:

- 2015 0,1 Mio. € für Architektenwettbewerb
- 2016 2,1 Mio. € inkl. Verschiebung Mittel aus Schellingstraße 15
- 2017 1,2 Mio. € inkl. Verschiebung Mittel aus Schellingstraße 15

Die zusätzlich erforderlichen Mittel sollen, ähnlich wie bei dem NGW, als Sonderprojekt mit der Kommunalaufsicht verhandelt und ein zusätzlicher Kreditbedarf von 3,7 Mio. € jeweils in den Jahren 2016, 2017 und 2018 eingefordert werden. Die Wirtschaftlichkeit ist - wie beim NGW - durch erhöhte Flächenproduktivität, verminderten Bauunterhaltungsstau und geringere Folgekosten detailliert nachzuweisen.

Dadurch würden sich folgende Kreditaufnahmen ergeben:

- 2015 6,3 Mio. €
- 2016 6,8 Mio. € + 3,7 Mio. € = 10,5 Mio. €
- 2017 7,0 Mio. € + 3,7 Mio. € = 10,7 Mio. €
- 2018 5,5 Mio. € + 2,1 Mio. € (aus Verschiebung Schellingstr. 15) + 3,7 = 11,3 Mio.€

Der Ausschuss stimmte dem Änderungsantrag bei einer Gegenstimme Grüne/WBV **mehrheitlich** zu.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Gemäß der Vorgabe des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport ist der Kreditbedarf des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven im Jahr 2015 um 3,5 Mio. € zu reduzieren. Hierzu beschließt der Rat die Anbringung von Sperrvermerken, die der Anlage zu entnehmen sind.

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Ausnahmen vom Einstellungsstopp - Einstellung eine/r Ingenieur/in für 82/2015 das Technische Objektmanagement

Herr Leinert trug den Beschlussvorschlag vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der unbefristeten Einstellung einer Dipl.-Ingenieurin/eines Dipl.-Ingenieurs für das Technische Objektmanagement zum nächstmöglichen Zeitpunkt wird zugestimmt. Die Einstellung erfolgt in Vollzeit, die Vergütung richtet sich nach EGr. 11 TVöD.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Sachstand Feuerwache Nord

Herr Leinert erläuterte, dass in den Jahren 2016 bis 2018 insgesamt 6,3 Mio. Euro für die Feuerwache Nord belassen worden seien. Das sei die ursprüngliche eingestellte Summe im Wirtschaftsplan. Die Verwaltung ist der Meinung, dass die Feuerwache Nord erforderlich sei und nicht geschoben werden könne. Die Feuerwache Nord entspreche in keiner Weise mehr den gesetzlichen Anforderungen. Die aktuelle Beschlusslage besagt, dass die Bunte Wache an der Inhauser Landstraße verwirklicht werden soll. Der Prüfauftrag für die Kutterstraße sollte verwaltungsintern besprochen werden und erst mit der Erstellung einer Beschlussvorlage in den Gremien diskutiert werden.

Herr Leinert stellte klar, dass die Standortdiskussion nicht in den BGGS-Ausschuss gehöre, sondern in den zuständigen Fachausschuss. GGS sei lediglich für die Baumaßnahme zuständig.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

6.2 Tätigkeitsbeschreibung Hausmeister/Reinigung

Herr Leinert bat darum, das Thema nach der Sommerpause zu behandeln, weil im Moment ein Hausmeisterprojekt in der Planung sei. Im Mai findet ein Probelauf statt. Die Ergebnisse aus diesem Probelauf werden dann nach der Sommerpause vorgestellt.

Der Ausschuss nahm zustimmend Kenntnis.

6.3 Vergabestelle

Herr Leinert schlug vor, die neu eingerichtete Vergabestelle im Anschluss der BGGS-Sitzung zu besuchen, da diese hier in dem Gebäude sei.

Der Ausschuss sprach sich für den Vorschlag aus.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 10:50 Uhr

gez. _____

Leinert
Stadtrat

gez. _____

Hellwig
Vorsitzender

gez. _____

Stecker
Protokollführer